



Regierungsratsbeschluss vom 10. November 2020

Bericht zur allgemeinen Lage der Jugendarbeitslosigkeit Basel-Stadt 2020

P061606

1. Der Regierungsrat nimmt Kenntnis vom Bericht über die allgemeine Lage der Jugendarbeitslosigkeit in Basel-Stadt im Jahr 2020.
2. Der Regierungsrat nimmt Kenntnis von der Konzeptumsetzung und den insgesamt positiven Ergebnissen des Massnahmenpakts zur erhöhten Beteiligung von späteingereisten Migrantinnen und Migranten an der Berufsbildung aus dem Jahr 2017.
3. Der Regierungsrat genehmigt die letzte Finanzierungstranche für die Jahre 2022-2024 von insgesamt Fr. 1'592'819 (2022: Fr. 664'273; 2023: Fr. 464'273; 2024: Fr. 464'273) für Gap-Case Management Berufsbildung aus Mitteln des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um die definitive Überführung der Finanzierung in das Erziehungsdepartement sicherzustellen.
Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der zustimmenden Kenntnisnahme der Finanzkommission.
4. Der Regierungsrat beauftragt die interdepartementale Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit, ihre Arbeit in der kommenden Legislatur 2021-2025 mit den bisherigen Ressourcen und mit der Regierungsrätlichen Delegation fortzusetzen.

Begründung

Trotz der Covid-19-Pandemie entwickelt sich die Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt insgesamt positiv. In den nächsten Jahren kann es je nach konjunktureller Entwicklung zu negativen Auswirkungen für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger sowie auf dem Lehrstellenmarkt kommen. Das Massnahmenpaket zur erhöhten Beteiligung an der Berufsbildung von jungen Migrantinnen und Migranten aus dem Jahr 2017 wurde – untermauert von einer externen Evaluation – erfolgreich umgesetzt. Insbesondere die konsequente Umsetzung der Strategie «Ausbildung vor Status» ist bei den späteingereisten jungen Migrantinnen und Migranten mit bis anhin fehlendem Zugang zu Stipendien erfolgreich im Rahmen eines Pilotprojekts umgesetzt worden. Sie führte zu einer massiven Steigerung der Ausbildungsquote von jungen vorläufig Aufgenommenen aus der Sozialhilfe. Die Implementierung von Enter, Berufsabschluss für Menschen aus der Sozialhilfe ab 25 Jahren,

in die Regelstrukturen des Erziehungsdepartements ist im Rahmen der Gesamtstrategie «Berufsabschluss für Erwachsene» ab 2022 finanziell und konzeptionell sicherzustellen. Mit der Auslösung der letzten Finanzierungstranche für Gap-Case Management Berufsbildung für die Jahre 2022-2024 aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die langfristige Finanzplanung beim Erziehungsdepartement vorbereitet. Aufgrund der unsicheren konjunkturellen Entwicklung und möglichen negativen Konsequenzen für die Jugendarbeitslosigkeit beauftragt der Regierungsrat die Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit, ihre Arbeit in den kommenden Jahren fortzusetzen.

